

Familienpolitische Leistungen:

Investitionen für die Zukunft

Mit der Erhöhung des Kindergeldes für das zweite Kind und der Verlängerung des Erziehungsgeldes sowie des Erziehungsurlaubs hat die CDU ihre familienpolitischen Beschlüsse auf dem Kleinen Parteitag vom September 1988 verwirklicht und sich erneut als zuverlässiger Anwalt der Familie erwiesen. Bundesfamilienministerin Ursula Lehr: Wir haben ein Paket geschnürt, das sich sehen lassen kann.

Das sozialpolitische Paket (siehe Seite 2 bis 10) enthält aber auch eine spürbare Verbesserung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG), eine Neuregelung der Versorgungsgesetze für Beamte und Soldaten, erhöhte Leistungen für Kriegs- sowie Wehrdienstopfer und Maßnahmen, die in den nächsten drei Jahren den Bau von einer Million neuer Wohnungen sichern: Und das im Einvernehmen mit den Haushaltspolitikern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie im Einklang mit der konsequent eingehaltenen Politik knapper Haushaltsausweitung. Rudolf Seiters: Wir haben das getan, was unter Wahrung finanzpolitischer Solidität im Interesse unserer Familien möglich war.

Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die beschlossenen Leistungen machen deutlich, daß die Familienpolitik für uns einen sehr hohen Stellenwert besitzt. Investitionen in Familien und Kinder sind Investitionen für die Zukunft.

HEUTE AKTUELL

● Koalition

Ursula Lehr zu den familienpolitischen Beschlüssen der CDU/CSU- und FDP-Bundestagsfraktion: Wir haben ein Paket geschnürt, das sich sehen lassen kann. Seite 3

● SPD

Heiner Geißler zum SPD-Grundsatzprogrammewurf: Falsche Grundannahmen und faule Kompromisse. Seite 11

● Kommunen

Aus dem vorhergesagten Tief der Gemeindefinanzen ist ein kräftiges Hoch geworden. Seite 16

● Dokumentation

Menschenrechte in der DDR. Grüner Teil

● CDU extra

Meinungsdaten im Vorfeld der Europawahl 1989. Blauer Teil

Schwerpunkt-Thema dieser Ausgabe ist Europa:

Auf den Seiten 18 bis 23 stellen wir unsere Vorbereitungen für den Europa-Wahlkampf vor. Ganz besonders wichtig: Briefwahl kann die Wahl entscheiden!

Die fünf sozialpolitischen Beschlüsse:

Spürbare Verbesserungen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 15./16. März 1989 beschlossen, gemeinsam mit der FDP-Fraktion folgende Leistungen durchzusetzen:

I. Familienpolitik

Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub: Verlängerung von 12 auf 15 Monate ab 1. Juli 1989 (für Kinder, die ab 1. Juli 1989 geboren sind) und auf 18 Monate ab 1. Juli 1990 (für Kinder, die ab 1. Juli 1990 geboren werden). Kindergeld: 30 DM zusätzlich für das zweite Kind ab 1. Juli 1990. Familien- und Pflegehilfen: Ab 1. Januar 1990 wird bei sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverträgen für Familien und Alleinerziehende, die entweder schwer- oder schwerstpflegebedürftige Angehörige oder als Alleinerziehende mindestens 1 Kind bis zum 10. Lebensjahr, als Ehegatten mindestens 2 Kinder bis zum 10. Lebensjahr zu Hause betreuen, ein Sonderausgabenabzug bis zu 12.000 DM eingeführt.

II. BAföG

Die relativen Freibeträge der Eltern werden auf 50 Prozent + 5 Prozent pro Kind angehoben. Dadurch wird der Empfängerkreis erweitert. Für Studenten soll eine dreijährige Studienabschlußförderung eingeführt werden. Zudem sollen wieder Teilzuschüsse (bisher nur Darlehen) gewährt werden.

III. § 55 Versorgungsgesetze

Der bisher auf die Versorgung nicht anzurechnende Teil einer Rente wird mit Wirkung vom 1. 1. 1990 von 20 auf 40 Prozent erhöht. Betroffen von dieser Neuregelung sind rd. 700.000 ehemalige Beamte und Soldaten, ganz überwiegend Angehörige des einfachen und mittleren Dienstes, die vor dem 1. 1. 1966 Beamte oder Soldaten wurden.

IV. Kriegsofopfer

Für Strukturverbesserungen sind 1990 100 Mio. DM zusätzlich vorgesehen.

V. Wohnungsbau

Mit Wirkung vom 28. Februar 1989 (Bauantrag oder Erwerb von Neubauwohnungen) wird die Abschreibungsfrist für Mietwohnungen von 50 auf 40 Jahre verkürzt: 4 Jahre zu 7 Prozent, 6 zu 5, 6 zu 2 und 24 zu 1,25 Prozent. Nach 10 Jahren sind 58 Prozent abgeschrieben. Steuermindereinnahmen: 200 Mio. DM im 1. Jahr, nach 6 Jahren schätzungsweise 1 Milliarde. Die 1988 auf 1,05 Mrd. DM erhöhte Direktförderung wird 1990 auf 1,25 Mrd. DM Verpflichtungsermächtigungen aufgestockt. Beim Wohngeld gibt es ab 1. Januar 1990 eine Verbesserung in neun Städten mit Mietniveau von mehr als 25 Prozent über dem Durchschnitt (6. Stufe).

Bundesfamilienministerin Ursula Lehr:

Wir haben ein Paket geschnürt, das sich sehen lassen kann

Aufgabe der Familienpolitik ist es, Bedingungen zu schaffen, die eine Entscheidung für ein Leben mit Kindern erleichtert. Dazu gehört ein gerechter Familienlastenausgleich, besondere Hilfen für die junge Familie, Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht, familiengerechte Wohnungen und eine kinderfreundliche Wohnumwelt und Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens. Diese Bundesregierung hat die versprochene Wende in der Familienpolitik eingeleitet.

Mehr noch: Inzwischen erhalten Familien mit Kindern jährlich durch die Einführung und Erhöhung von Steuerfreibeträgen, durch die Schaffung des Kindergeldzuschlags und die Einführung des Erziehungsurlaubs mit Erziehungsgeld sowie die Wiedereinführung des Kindergeldes für arbeitslose Jugendliche, die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht, die Verbesserung im Baukindergeld und beim Wohngeld, durch steuerliche Verbesserungen für Alleinerziehende und die Bundesstiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ jährlich 11 Milliarden DM mehr. Diese Politik wird kontinuierlich fortgesetzt.

Im einzelnen hat sich die Koalition darauf verständigt, für alle Kinder, die ab dem 1. Juli 1989 geboren werden, den Erziehungsurlaub und das Erziehungsgeld von 12 auf 15 Monate zu verlängern. Für alle Kinder, die ab dem 1. Juli 1990 geboren werden, wird sich der Erziehungsurlaub mit Erziehungsgeld von 15

auf 18 Monate verlängern. Die Kosten betragen im Jahr 1990 rund 430 Millionen DM, im Jahr 1991 etwa 1,3 Milliarden DM.

Weiter hat die Koalition beschlossen, das Kindergeld für das zweite Kind ab dem 1. Juli 1990 um 30 DM zu erhöhen. Die Kosten betragen 1990 rund 418 Millionen DM, 1991 etwa 837 Millionen pro Jahr. Das Ziel, einkommensschwächeren Eltern mit Kindern durch Aufstockung des Kindergeldes ab dem 2. Kind zu helfen, ist ebenso erfüllt wie der Einstieg in das zweite Jahr Erziehungsurlaub mit Erziehungsgeld, eine Maßnahme, die besonders den jungen Ehepaaren die Situation erheblich erleichtert.

In den ersten drei Jahren seit der Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub haben bereits über 1,8 Millionen Eltern Erziehungsgeld erhalten, darunter fast 20.000 Väter. Insgesamt nahmen 97 Prozent der Eltern diese neue familienpolitische Leistung in Anspruch. Bei den Alleinerziehenden sind es 84 Prozent. Der Erziehungsurlaub wird voll genutzt. Nur drei Prozent kehren vorzeitig in den Beruf zurück. Das zeigt, wie notwendig Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub sind.

Ein weiterer Beschluß zugunsten der Familie betrifft die steuerliche Absetzbarkeit von Familien- oder Pflegehilfen bis zu einer Höhe von maximal 12.000 DM im Jahr, wenn im Hause Schwer- oder Schwerstpflegebedürftige betreut oder zwei Kinder unter 10 Jahren (bei Alleinerziehenden ein Kind) vorhanden sind. Voraussetzung ist dabei, daß es sich um

voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge handelt.

Damit wird für alle Familien, die Angehörige in der Familie pflegen, zusätzlich zu dem Pflegefreibetrag in der Steuerreform und zu den Leistungen durch die Gesundheitsreform ein wesentlicher Beitrag zur Erleichterung der schwierigen Situation geschaffen.

Bundesfamilienministerin Ursula Lehr: „Wir haben ein Paket geschnürt, das sich sehen lassen kann.“

Die CDU hat Wort gehalten

Zu den familienpolitischen Beschlüssen der Koalition erklärt die Vorsitzende der Frauen-Union und stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Rita Süsmuth:

Die CDU hat sich erneut als ein Anwalt der Familie erwiesen. Mit den Beschlüssen zur Familienpolitik, die eine Erhöhung des Zweitkindergeldes und eine Verlängerung des Erziehungsgeldes und -urlaubes beinhaltet, hat die CDU die Beschlüsse des kleinen Parteitages vom September 1988 realisiert. Die CDU hat nach der Regierungsübernahme entscheidende Schritte zum Abbau der Benachteiligung von Familien getan. Die Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie sowie die Verbesserung im Familienlastenausgleich und die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht stellen nicht nur eine materielle Verbesserung für Familien dar, sondern bedeuten darüber hinaus eine Anerkennung und Neubewertung der Familientätigkeit.

Mit diesen Beschlüssen hat die CDU Wort gehalten und ihre familienpolitischen Absichten weiter realisiert.

Koalitionsbeschlüsse sind finanzierbar

Zur haushaltspolitischen Seite der Beschlüsse der Koalitionsparteien erklärt der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Manfred Carstens (Emstek):

Auch die Haushaltspolitiker können die Entscheidungen der Koalitionsfraktionen zur Verbesserung der familienpolitischen Leistungen, der Ausbildungsförderung, der Wohnungsbauförderung und der Kriegsopferversorgung sowie zur Milderung der Rentenrechnung auf die Pensionen mittragen. Entscheidend dafür ist die eindeutige Festlegung der Koalitionspartner auf eine Begrenzung der Haushaltszuwachsrate 1990 auf 3 v. H. Zu dieser Begrenzung trägt der konkrete Einsparungsbeschluss wesentlich bei, daß künftig zuziehende Aussiedler bei den Voraussetzungen für gesetzliche Leistungen nicht mehr bessergestellt, sondern den deutschen Leistungsempfängern ohne eigene Beitragsleistung gleichgestellt werden.

Eine Haushaltssteigerung von 3 v. H. im Haushalt 1990 bedeutet, daß der Anstieg des Bundeshaushalts, der vor 1982 noch 9 v. H. im Jahresdurchschnitt betragen hatte, seit 1982 unter Einschluß des Jahres 1990 nur noch bei jahresdurchschnittlich 2,5 v. H. liegt.

Die konsequente Fortsetzung der Politik der knappen Haushaltsausweitung — der wichtigsten Voraussetzung einer soliden Haushaltswirtschaft — ist damit sichergestellt. Gleichzeitig wird dadurch gewährleistet, daß bei normalem Konjunkturverlauf 1990 auch die verfassungsrechtliche Verschuldungsgrenze des Art. 115 GG deutlich eingehalten werden wird.

BAföG:

Spürbare Verbesserung für Familien mit mittlerem Einkommen

Nach den Beschlüssen der Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag soll auch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) novelliert werden. Der Gesetzentwurf wird noch in diesem Jahr vorliegen. Folgende Änderungen sollen zum 1. Juli 1990 in Kraft treten:

1. Anhebung der Freibeträge vom Elterneinkommen

Die Förderungsbedingungen für Familien mit mittlerem Einkommen (zwischen 40.000 und 70.000 Mark jährlich) werden beachtlich verbessert. Die relativen Freibeträge vom Elterneinkommen sollen auf 50 Prozent für die Eltern und fünf Prozent für jedes Kind (bisher 25 + 10 Prozent) angehoben werden. Die relativen Freibeträge werden vom restlichen Elterneinkommen abgerechnet, nachdem vom Netto-Einkommen (also Brutto-Einkommen minus Steuer und Sozialversicherungsbeiträge) bereits die absoluten Freibeträge in Höhe von etwa 2.000 Mark zur Abdeckung des Lebensunterhalts der Familie abgezogen wurden.

Auswirkungen:

- Die Zahl der BAföG-Geförderten, die z. Z. bei 275.000 liegt, wird sich voraussichtlich um 70.000 Studierende erhöhen. Rund 180.000 Studenten werden höhere Förderungsbeträge erhalten.

- Die Anhebung der relativen Freibeträge betrifft den größten Teil der künftigen jährlichen Mehrausgaben für BAföG: 415 Millionen Mark.

Das heißt: Bisher bekam ein auswärt

Studierender dann BAföG, wenn das Brutto-Einkommen seiner Eltern 4.600 Mark nicht überstieg. Künftig erhöht sich die Einkommensgrenze auf 5.800 DM. Analog dazu erhöht sich die Einkommensgrenze für eine Familie mit zwei auswärts studierenden Söhnen oder Töchtern von 6.600 auf 8.800 Mark.

2. Einführung einer Studienabschlußförderung

Viele Studenten erhalten ausgerechnet in der Examensphase keine Ausbildungsförderung mehr und müssen nebenbei Geld für ihren Lebensunterhalt verdienen. Der Termin des Studienabschlusses verzögert sich. Deshalb sollen Studierende, die sich vor Ablauf der Förderungshöchstdauer zum Examen gemeldet haben und die eine Bescheinigung ihrer Hochschule darüber vorlegen, daß sie tatsächlich innerhalb der nächsten zwei Semester ihr Studium abschließen können, in dieser Phase gefördert werden.

Auswirkung: Verkürzung der Studienzeiten.

Das heißt: Wer jetzt nach zehn oder acht Fachsemestern nicht mehr weitergefördert wird, erhält (unter den genannten Bedingungen) eine zusätzliche Hilfe des Staates, sein Studium zügig abzuschließen.

3. Anhebung des Zuschlags für die Krankenversicherung

Studenten, die sich eigenständig krankenversichert haben und nicht mehr bei ihren

Eltern mitversichert sind, werden künftig statt 45 Mark monatlich 65 Mark bekommen.

Auswirkung: Der Staat übernimmt für die nach dem BAföG Geförderten die vollen Kosten des Beitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung.

Das heißt: Volle Befreiung von den Kosten für die Krankenversicherung im Kreis der BAföG-geförderten Studenten.

4. Schüler-BAföG für „Nachholer“

Einen BAföG-Vollzuschuß erhalten Auszubildende des Zweiten Bildungsweges als angehende Fachhochschüler (Berufsaufbauschule und Fachoberschule II). Sie sollen den Auszubildenden des Zweiten Bildungsweges, die ein Studium an den wissenschaftlichen Hochschulen anstreben (Abendgymnasium und Kolleg), gleichgestellt sein.

Ebenfalls gefördert werden soll künftig die Berufsausbildung an einer Berufsfachschule, an der junge Leute mit einem mittleren oder höheren Bildungsabschluß sich innerhalb von zwei Jahren beruflich qualifizieren können (beispielsweise zum/zur Medizinisch-Technischen Assistenten/in, Pharmazeutisch-Technischen

Assistenten/in, Veterinärmedizinischen Assistenten/in, Logopäden/in).

Auswirkungen: Junge Frauen und Männer mit einer Hochschulzugangsberechtigung, die gerne einen berufsqualifizierenden Abschluß erwerben möchten, sollen nicht aus primär wirtschaftlichen Gründen an die Hochschulen gehen, um dort BAföG zu erhalten, an der Berufsfachschule aber nicht.

Das heißt: Wiedereinführung des Schüler-BAföG mit Ausnahme der Schüler und Schülerinnen in der gymnasialen Oberstufe.

5. Die elternunabhängige Förderung wird eingeschränkt

Entsprechend der Empfehlung des Beirates für Ausbildungsförderung wird Ausbildungsförderung künftig im Grundsatz nur elternunabhängig gewährt. Die elternunabhängige Förderung wird auf Abendgymnasiasten und Kollegiaten, über 30jährige Studienanfänger sowie Auszubildende, die bereits mehrere Jahre berufstätig waren, begrenzt.

Auswirkung: Ausschließlich das Einkommen der Eltern wird zugrunde gelegt. Nach bisheriger Rechtsprechung gelten besonders leistungsstarke Auszubildende

Verbesserungen durch die BAföG-Reform

Familientyp	Bruttoeinkommen	BAföG	
		derzeit	nach Reform
Eltern und . . .			
1 Student auswärts	4 000 DM	250 DM	400 DM
	5 000 DM	0 DM	164 DM
2 Studenten auswärts	5 000 DM	640 DM	900 DM
3 Studenten auswärts	7 000 DM	650 DM	1 200 DM
1 Student auswärts			
1 Schüler (Berufsfachschule) bei den Eltern wohnend	5 000 DM	260 DM	520 DM

als noch unterhaltsberechtig, während schwächere Auszubildende elternunabhängig gefördert werden, weil ihre Eltern ihnen nach Abschluß der ersten Berufsausbildung keine zweite mehr „schulden“.

Das heißt: Der Abschluß einer Lehre allein reicht nicht mehr aus, um während eines sich anschließenden Studiums gefördert zu werden.

6. Einführung eines Teilzuschusses in der Studentenförderung

Die Ausbildungsförderung soll künftig zur Hälfte als Darlehen und zur Hälfte als Zuschuß gewährt werden.

Auswirkung: Jeder geförderte Student muß nur noch die Hälfte der BAföG-Leistungen an den Staat zurückzahlen, mit denen er sein Studium finanziert hat.

Das heißt: Erhebliche soziale Verbesserungen für die Zeit nach dem Studium.

7. Mindestens 200 Mark monatlich rückzahlbar

Statt 120 Mark monatlich wird der Hochschulabsolvent künftig (unter Beibehaltung aller bisher gültigen sozialen Konditionen) mindestens 200 Mark monatlich von seinem Darlehen zurückzahlen müssen.

Die Mehrausgaben durch diese Reform betragen im ersten Jahr der vollen Wirksamkeit (1991) rd. 440 Mio. DM. Davon tragen der Bund 285 Mio. DM (65 v. H.), die Länder 155 Mio. DM (35 v. H.).

Wichtig:

Die Regionalkonferenz Rheinland-Pfalz im Rahmen des Europa-Wahlkampfes am 22. April in Weiler bei Bingen findet um 14.00 Uhr in der Rhein-Nahe-Halle statt.

Versorgungsgesetze:

Von der SPD zerstörtes Vertrauen wiederhergestellt

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat am

15. März 1989 beschlossen, gemeinsam mit der FDP-Fraktion § 55 Beamtenversorgungsgesetz und § 55 a Soldatenversorgungsgesetz zu novellieren. Danach wird der bisher auf die Versorgung nicht anzurechnende Teil einer Rente mit Wirkung vom 1. Januar 1990 von 20 Prozent auf 40 Prozent erhöht.

Betroffen von dieser Neuregelung sind rund 700 000 ehemalige Beamte und Soldaten, ganz überwiegend Angehörige des einfachen und mittleren Dienstes, die vor dem 1. Januar 1966 Beamte oder Soldaten wurden; sie waren in der Nachkriegszeit zunächst als Angestellte oder Arbeiter tätig und haben sich dadurch einen zumeist bescheidenen Rentenanspruch erworben. Viele von ihnen sind in den 50er und 60er Jahren sogar mit der ausdrücklichen Zusage geworben worden, als Ausgleich dafür, daß sie die Endämter ihrer Laufbahn nicht mehr erreichen können, im Ruhestand Rente und Pension zu erhalten.

Otto Regenspurger, Berichterstatter für den öffentlichen Dienst im Innenausschuß des Deutschen Bundestages: Mit der von den Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP beschlossenen Neuregelung wird das von der SPD-geführten Bundesregierung 1981 durch die rückwirkende Ausdehnung der Rentenanrechnung gebrochene Vertrauen in die Bestandskraft von Gesetzen wiederhergestellt.

Wohnungsbau

Maßnahmen sichern in drei Jahren eine Million neue Wohnungen

Bundesbauminister Oscar Schneider erwartet, daß es mit den von den Koalitionsparteien beschlossenen wohnungspolitischen Maßnahmen gelingen wird, das Ziel, wieder mindestens 300.000 Wohnungen pro Jahr zu bauen, zu erreichen. Die mit sofortiger Wirkung vorgesehene Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsbedingungen im Mietwohnungsbau werde schon in diesem Jahr in der Wohnungsbauentwicklung kräftig zu Buche schlagen und das Mietwohnungsangebot dauerhaft stärken.

Dazu trage auch die Steigerung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf 1,25 Mrd. DM an Bundesmitteln im Jahre 1990 bei. Dies sei insbesondere dann der Fall, wenn überwiegend von dem von der Bundesregierung vorgeschlagenen und inzwischen im Wohnungsbaugesetz verankerten neuen Modell der Vereinbarten Förderung Gebrauch gemacht werde. Er rechne wieder mit einem Gesamtvolumen von 70.000 Sozialwohnungen jährlich. Mit dieser Steigerung der Wohnungsbauleistungen würden die Kapazitäten der Bauwirtschaft nicht überfordert.

Schließlich werde eine 6. Wohngeldstufe eingeführt. Dadurch würden die Miethöchstgrenzen für Wohngeldbezieher in den Städten und Gemeinden angehoben, deren Mieten um mehr als 25 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegen. Nach den heute vorliegenden Daten würden unter anderem München, Frankfurt und Wedel bei Hamburg höher eingestuft. Insgesamt würden rund 40.000 Wohngeldbezieher davon begünstigt.

Als mittelfristig besonders bedeutsam bezeichnete Minister Schneider die Entscheidung, die Städtebauförderung als gemeinsame Aufgabe des Bundes und der Länder über 1990 hinaus fortzuführen.

Zur Entschärfung der Wohnungsprobleme in den Ballungsgebieten, so Oscar Schneider, könne aber nicht allein der Bund beitragen. Hier seien zumindest in ebenso starkem Maße die Länder und auch die Gemeinden selbst gefordert. Die Bundesregierung habe, so wie es sein Ziel gewesen sei, schnell die notwendigen Entschlüsse gefaßt. Er hoffe, daß Länder und Gemeinden dem jetzt folgten.

Steuerliche Abschreibungsbedingungen verbessert

Die Koalitionsparteien haben die folgenden wohnungsbaupolitischen Entscheidungen getroffen:

- 1** Die steuerlichen Abschreibungsbedingungen im Einkommensteuergesetz werden verbessert:
 - Die Abschreibungsfrist für Wohngebäude wird von 50 auf 40 Jahre verkürzt;
 - die degressive Abschreibung wird verstärkt: In den ersten vier Jahren können sieben Prozent der Herstellungskosten abgesetzt werden, in den folgenden sechs Jahren fünf Prozent, danach noch einmal zwei Prozent in den folgenden sechs Jahren und in den letzten 24 Jahren 1,25 Prozent;
 - als Stichtag für die Abschreibung gilt der 28. Februar 1989. Alle Objekte, für die nach dem Stichtag eine Baugenehmi-

gung beantragt worden ist oder wird, können mit den neuen Sätzen abgeschrieben werden.

2 die Mittel für den sozialen Wohnungsbau sollen 1990 weiter aufgestockt werden, und zwar auf 1,25 Mrd. DM. (Zum Vergleich: 1988 450 Mio. DM; 1989 1,05 Mrd. DM).

3 In den Ballungsräumen mit besonders hohem Mietniveau wird eine 6. Wohngeldstufe eingeführt, um einkommensschwachen Mietern zusätzlich zu helfen. Künftig werden daher diejenigen Regionen entlastet, in denen das Mietniveau der Wohngeldempfänger um mindestens 25 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegt. Dieses betrifft nach bisherigen Berechnungen München und einige Städte und Kreise in Bayern (Garmisch-Partenkirchen, Germering, Olching, Otterbrunn, Unterschleißheim, Fürstenfeldbruck und München-Land) sowie Frankfurt und Wedel bei Hamburg.

4 Die Städtebauförderung wird auch über 1990 hinaus auf dem bisherigen hohen Niveau (660 Mio. DM Bundesanteil) fortgesetzt. Damit behält die Stadt- und Dorferneuerung eine dauerhafte Perspektive mit einem Programmvolumen von jährlich zwei Mrd. DM.

Entscheidungen sollen schnell wirksam werden

Dietmar Kansy, wohnungsbaupolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Um unsere Entscheidungen schnell wirksam werden zu lassen, können wir weder die Rechtskraft des Bundeshaushaltes 1990 noch die Gesetzgebung zur Änderung des Steuerrechtes abwarten. Die Koalitionsfraktionen werden deswegen sicherstellen, daß Länder und Gemeinden Mittel für 1990 schon vorher objektweise festlegen können, damit schneller Bauentscheidungen getroffen werden können.

Kriegs- und Wehrdienststopfer:

Zusage aus der Regierungserklärung eingelöst

Das am 16. März 1989 verabschiedete Gesetz zur Rentenanpassung zeigt deutlich, daß sich die CDU der Verantwortung für die rund 1,4 Millionen Mitbürger bewußt ist, die immer noch an den Folgen ihres Kriegs- und Wehrdienstes zu leiden haben.

Die CDU hat durch Beschlüsse innerhalb der Regierung und der Bundestagsfraktion dafür gesorgt, daß strukturelle Verbesserungen in der Kriegsopferversorgung noch in diesem Jahr beschlossen werden. 100 Millionen Mark stehen ab 1990 pro Jahr dafür zur Verfügung.

Zur Abmilderung von Sonderproblemen

Dieses Geld soll vorrangig für durch das Altern der Kriegsopfer entstandene Sonderprobleme und deren Abmilderung verwendet werden. Im Vordergrund stehen folglich diejenigen, die in diesem so umfangreichen und leistungsstarken System auch heute noch schlecht wegkommen. Die Aufteilung dieser 100 Millionen Mark soll mit den Kriegsopferverbänden besprochen werden, um deren besondere Kenntnisse in eine sachgerechte Aufteilung miteinzubeziehen.

Horst Günther, sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Damit hat die von der CDU geführte Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl ihre in der Regierungserklärung vom 18. März 1987 gegebene Zusage zur Verbesserung der Kriegsopferversorgung eingelöst.

Tragfähiger Kompromiß

Rudolf Seiters, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Regierungskoalition und die Unionsfraktion haben sich wie in einer Vielzahl vergleichbarer Fälle als einigungs- und damit als handlungsfähig erwiesen. In einer sachlichen Diskussion in der Koalitionsrunde und nach zweimaliger Rückkoppelung mit den Fraktionen ist ein tragfähiger Kompromiß in der Frage der familienpolitischen Leistungen erzielt worden, während in den Fragen des Wohnungsbaus, des Paragraphen 55 Beamtensbesoldung, der Kriegsopferversorgung und des BaföG bereits in der ersten Verhandlungsrunde Einigkeit hergestellt werden konnte.

Wir haben uns die Entscheidungen nicht leichtgemacht. Aber wir können von uns sagen: Wir haben das getan, was unter Wahrung finanzpolitischer Solidität im Interesse unserer Familien möglich war.

Broschüre zur Rentenreform

„Rentenreform 92“ heißt eine neue Broschüre des Bundesarbeitsministeriums zur geplanten Reform der gesetzlichen Alterssicherung. Sie kann ab sofort kostenlos unter folgender Anschrift angefordert werden:

**Bundesarbeitsministerium
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Postfach 500
5300 Bonn 1**

Der Deutsche Bundestag hat am 10. März 1989 in erster Lesung den Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenreformgesetz 1992 — RRG 1992) beraten, der gemeinsam von den Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP eingebracht und vom Bundeskabinett wortgleich übernommen wurde. Die Broschüre des Bundesarbeitsministeriums ist auf der Grundlage dieses Gesetzentwurfes erarbeitet worden.

Argumente gegen SPD-Verdrehungen

Die SPD behauptet: Der Wirtschaftsaufschwung sei mäßig und die Konjunkturentwicklung stagniere.

● **Tatsache ist:** Mit 3,5 Prozent Wachstum wurde 1988 die größte Steigerung des Bruttosozialprodukts in den 80er Jahren erreicht.

Die SPD behauptet: Der Beschäftigungsanstieg sei zum Erliegen gekommen.

● **Tatsache ist:** Ende 1988 gab es 145.000 mehr Arbeitsplätze als Ende 1987. Von 1984 bis heute wurden knapp 900.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die SPD behauptet: Die Arbeitslosenzahlen steigen.

● **Tatsache ist:** Im Dezember 1988 hatten wir 120.000 Arbeitslose weniger als im Dezember 1987.

Die SPD behauptet: Die Zahl der „abhängig Beschäftigten“ habe von 22,44 Millionen 1982 bis zum Jahre 1988 nur unwesentlich zugenommen.

● **Tatsache ist:** Mit rund 26,2 Millionen Beschäftigten hat die Bundesrepublik Deutschland heute den höchsten Beschäftigungsstand ihrer Geschichte.

SPD-Grundsatzprogrammentwurf

Heiner Geißler: Falsche Grundannahmen und faule Kompromisse

Nach langem Hin und Her und nur mühsam versteckten Streitigkeiten bei der Formulierung eines Grundsatzprogramms, mit dem die SPD den Anschluß an die Gegenwart gewinnen will, gibt es nun endlich einen neuen Entwurf. Die Öffentlichkeit hat bisher kaum Notiz davon genommen, obwohl sich in diesem Programmentwurf politische Vorstellungen verbergen, die dem Bürger bekannt gemacht werden müssen, wenn er eine begründbare Wahlentscheidung treffen will. Die CDU hat deshalb den SPD-Entwurf analysiert. In einer Pressekonferenz hat Generalsekretär Heiner Geißler das Ergebnis dieser Analyse vorge stellt:

Die SPD befindet sich weiterhin in einer programmatischen Suchphase. Der vorgelegte Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm hat das Ziel der geistigen und politischen Erneuerung in der Opposition verfehlt. Die SPD hat sich von wesentlichen Prinzipien und Zielen des Godesberger Programms verabschiedet, ohne verbindliche neue gefunden zu haben. Der Programmentwurf verdeutlicht, daß sich die SPD im politischen Niemandsland zwischen alter Klassenpartei und rot-grüner Stimmungspartei verirrt hat. In der SPD arbeiten laut Feststellung des Programmentwurfs Menschen mit „verschiedenen Grundüberzeugungen“ (S. 6). Damit gibt die SPD zu, daß es ihr von vorneherein nicht gelingen konnte, eine gemeinsame Grundüberzeugung der Sozialdemokratie programmatisch festzuhalten, sondern daß sie versuchen mußte,

für die verschiedenen Strömungen der Partei annehmbare Allgemeinplätze anzubieten. Nicht nur die Kampfabstimmungen in der Kommission über Grundsatzfragen beweisen, daß kein für die gesamte SPD tragfähiger Konsens gefunden werden konnte. Jusos, „Frankfurter Kreis“, „Seeheimer Kreis“ — alle sind dabei, Alternativentwürfe auszuarbeiten. Seit nunmehr fünf Jahren quält sich die Programmkommission durch ihre Arbeit und hat keinen Konsens zustande gebracht. Vogel und Lafontaine mußten den Parteitag verschieben. Schon heute ist sicher: Der Streit in der SPD geht weiter.

Werterelativismus der SPD

Wie bereits der stillschweigend zu Grabe getragene „Irseer Entwurf“ basiert die Neufassung auf falschen Grundannahmen. Die SPD leitet die „geistigen Wurzeln“ des „demokratischen Sozialismus“ nach wie vor im gleichen Atemzug aus Christentum und „Marxscher Geschichts- und Gesellschaftslehre“ ab (S. 6). Für Marxisten ist nur der Mensch mit dem richtigen Klassenstandpunkt und mit dem richtigen gesellschaftlichen Bewußtsein der eigentliche Mensch. Im christlichen Menschenbild ist dagegen die Würde des Menschen in seiner Eigenschaft als Geschöpf und Ebenbild Gottes begründet, unabhängig von seiner Zugehörigkeit zu einer Klasse oder sozialen Schicht.

Im Programmentwurf heißt es: „Wie auch immer wir die Würde des Menschen begründen, sie ist Ausgangs- und Zielpunkt unseres Handelns“ (S. 6). Damit

erklärt die SPD das Menschenbild zur unverbindlichen Privatsache und lehnt es als Voraussetzung für die Politik ab. Wer das Menschenbild zur Privatsache erklärt, macht den Menschen verfügbar und stürzt die Gesellschaft und den Staat in den Nihilismus der Willkür und Beliebigkeit. Die Konsequenz ist Werterelativismus, weil die SPD damit keine Klarheit über den Wertbezug ihrer Politik schafft.

Die SPD ist die Partei des Problemstaus

Die Behauptung, daß die Bundesrepublik erst mit Hilfe des „demokratischen Sozialismus“ ein demokratischer Sozialstaat werden müsse (S. 79), ist unverfroren. Die CDU hat als Regierungspartei alle großen sozialen Reformen durchgesetzt und den demokratischen Sozialstaat aufgebaut. Die Behauptung, die SPD sei die „Partei der Reform“, ist eine Geschichtsklitterung, denn in Wahrheit ist sie die Partei des Problemstaus. Von wichtigen Reformen hat die SPD immer nur geredet. Am Ende ihrer Regierungszeit hat sie für die Union einen Problemberg hinterlassen.

Auf dem Weg vom Rechtsstaat in den „Linksstaat“

Im Programmentwurf wird das gebrochene Verhältnis der SPD zum Rechtsstaat deutlich:

● Sie sieht den Staat durch wirtschaftliche Macht bedroht, nicht aber durch Verfassungsfeinde, politische Extremisten und Gewalttäter.

● Indem die SPD ausdrücklich ihren „Respekt“ gegenüber der „Bereitschaft“ bekundet, die „rechtlichen Folgen“ von Gesetzesübertretungen „aus Gewissensgründen“ zu tragen (S. 74), verharmlost sie politisch motivierten Rechtsbruch. Zu

einer eindeutigen Verurteilung von politisch motivierten Rechtsbrüchen ist die SPD nicht mehr bereit. Kasernenblockierer stehen ihr offenbar genauso nah wie gesetzestreue Bürger.

● Die SPD will „Geist und Praxis des Radikalenerlasses überwinden“ (S. 78). Kommunisten und Neonazis sollen die gesicherte Position von Lebenszeitbeamten einnehmen können.

● Der Geist der „Neuen Unberechenbarkeit“ der SPD kommt am besten darin zum Ausdruck, daß sie das Grundgesetz nicht in erster Linie als Verpflichtung für Staat und Bürger begreift, sondern als unverbindliches „Angebot“ (S. 79) hinstellt. Die politisierten Rechtsbrecher, die in Hafen- und Kiefernstraße „neue Lebensformen“ erproben, wittern in der zweideutigen Haltung der SPD zum Rechtsstaat mit sicherem Instinkt das „Angebot“ rechtsfreier Räume. Wohin die Reise geht, wenn die rot-grüne Linksstaats-Ideologie ans Ruder kommt, hat sich in Berlin jetzt wieder prompt bestätigt: 24 Stunden nach der Amtsübernahme des rot-grünen Senats haben dort 100 „Autonome“ verschiedene Gebäude besetzt. Trotz einiger Räumungen wittern Gewalttäter Morgenluft. Der rot-grüne Senat schwankt zwischen Nachgiebigkeit und entschlossenem Handeln.

Außenpolitik und Sicherheitspolitik: Freiheit als Störfaktor

Was die SPD verschweigt, sagt mehr über ihren Zustand aus, als manches, worüber sie seitenlang schwadroniert. Im Kapitel „Frieden in gemeinsamer Sicherheit“ verwendet die SPD nicht einmal einen Halbsatz darauf, den Stellenwert der Freiheit in ihrer Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik zu erläutern. Dies

Fortsetzung Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

steht im völligen Widerspruch zu ihrer Behauptung, daß Freiheit für sie ein Grundwert sei.

In dieses Bild paßt es, daß die SPD „dem Vormachtstreben der Weltmächte durch regionale Zusammenschlüsse entgegenwirken“ und „blockübergreifend Sicherheit organisieren“ will (S. 15). Die moralische Überlegenheit der amerikanischen Demokratie gegenüber der sowjetischen Diktatur wird von der SPD verleugnet, indem sie die USA und die UdSSR wertneutral als „Weltmächte“ gleichstellt. Das ist sozialdemokratischer Werterektivismus in Aktion.

Dazu paßt es, daß die SPD sich zwar zu den Menschenrechten bekennt, aber konkret nur die Apartheid in Südafrika kritisiert (S. 20).

Laut Programmwurf soll es Aufgabe der EG werden, „der Konfrontation der Weltmächte entgegenzuwirken“ (S. 17). Die meisten Staaten der EG sind aber Vollmitglied der NATO und damit Sicherheitspartner der USA! Die SPD will die EG zum Vehikel ihres rot-grünen Neutralismus machen und somit der NATO ihre politische Grundlage entziehen.

Die SPD schwärmt weiterhin von der Äquidistanz zwischen den Blöcken und konditioniert ihr Ja zur NATO. Die Bundesrepublik Deutschland soll nur solange im Bündnis bleiben, wie sie „ihre eigenen Sicherheitsinteressen dort einbringen und durchsetzen“ könne (S. 16). Damit stellt die SPD die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik infrage, weil sie die prinzipielle Gemeinsamkeit der außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Interessen der NATO-Staaten gegenüber dem Warschauer Pakt bezweifelt.

Die Forderung der SPD nach „beiderseitiger struktureller Angriffsunfähigkeit“ (S. 16) enthält subtil verpackt die Unter-

stellung, die NATO sei strukturell angriffsfähig.

Es bleibt ein Dauerirrtum der deutschen Sozialdemokratie, die bloße Existenz von Waffen als friedensgefährdend anzusehen. Das eigentlich Entscheidende, der unterschiedliche politische Wille, der hinter den Waffen der einen und der anderen Seite steht, wird ausgeblendet. Uns bedrohen nicht vorrangig Waffen, sondern Unfreiheit und Diktatur. Die NATO bedroht niemanden, denn sie ist ein Verteidigungsbündnis. Die osteuropäischen Machthaber haben keine Angst vor Waffen der NATO, sondern vor der ansteckenden Kraft der Freiheitsidee, die die Völker Osteuropas längst ergriffen hat.

Deutschlandpolitik: Verzicht auf Einheit in Freiheit

Auch in der Deutschlandpolitik fehlt das klare Bekenntnis zu Freiheit und Selbstbestimmung der Deutschen. Zwar erklärt die SPD: „Die Frage der Nation hat sich nicht erledigt, aber sie ist den Erfordernissen des Friedens untergeordnet“ (S. 19). Verzichtet die SPD auf das politische Erfordernis, daß die Freiheit vor der Einheit geht? Die SPD öffnet damit das Tor für eine neutralistische Lösung der deutschen Frage, unter möglicher Inkaufnahme einer wachsenden Abhängigkeit von der Sowjetunion. Diesen Überlegungen liegt der Irrtum zugrunde, daß die Spaltung Deutschlands die Ursache für den Ost-West-Konflikt sei. In Wirklichkeit ist die Spaltung Deutschlands die Folge des Ost-West-Konflikts, der seine Ursache nach wie vor nicht in der Existenz von Waffen, sondern in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Unfreiheit hat.

Und was ist von einer SPD zu halten, die einerseits schreibt „Die Erfahrungen mit

Diktatur und Terror lassen uns besonders wachsam sein...“ (S. 4), die andererseits aber ihre eigene Teilliquidierung durch die Zwangsvereinigung mit der KPD völlig verdrängt? Sie verdrängt, daß Tausende von Sozialdemokraten nach dem 2. Weltkrieg in roten Konzentrationslagern eingesperrt waren. Es ist bezeichnend, daß die SPD mit der SED, der PVAP und anderen kommunistischen Parteien in Osteuropa beste Beziehungen unterhält, aber sozialdemokratischen und freiheitlich orientierten Oppositionsgruppen in diesen Ländern die kalte Schulter zeigt.

Wirtschaftspolitik: Fauler Kompromiß

Die SPD erhebt den Anspruch, eine „linke Volkspartei“ zu sein und zu bleiben (S. 5). Gleichzeitig wird im Entwurf behauptet, die Sozialdemokratie habe dazu beigetragen, daß in der Bundesrepublik „die alten Klassengegensätze gemildert wurden“ (S. 5). Im Klartext heißt dies, daß die SPD unsere gesellschaftliche Realität nach wie vor als von Klassengegensätzen bestimmt sieht.

In der Wirtschaftspolitik haben daher die Anpassungstaktierer um Oskar Lafontaine mit den Dogmatikern um Peter von Oertzen nur einen faulen Kompromiß erreicht. In den Medien hatte Lafontaine zunächst mehr Erfolg als in seiner Kommission — er konnte ihnen das Märchen vom Sieg der „Marktwirtschaftler“ aufzischen. In Wahrheit hat diese knappe Abstimmung nur einen für Lafontaine verlustreichen Kampf kurz vor dem k. o. abgebrochen.

Die altmarxistischen Don Quichottes, für die Wirtschaftspolitik immer noch in erster Linie darin besteht, verbissen und blindlings gegen den Popanz „Kapital“ anzurennen, können sich im Programm durchaus wiederfinden. Im „Vorwärts“

stellen sie fest: Das Programm will mehr Staat in die Wirtschaftspolitik bringen als je eine SPD-Regierung es gewagt hat (Vorwärts, 4. 3. 1989, S. 22/23).

Denn was heißt in diesem Programm schon „Marktwirtschaft“? In der „privaten Verfügung über die Produktionsmittel“ sieht die SPD nicht den unbedingt zu schützenden Kern, sondern genau umgekehrt ein „historisches Grundproblem“ der Marktwirtschaft (S. 54). Der unentbehrliche Beitrag von Unternehmern zu unserem wirtschaftlichen Wohlergehen wird kaum erwähnt, aber dafür wimmelt es von klassenkämpferischen Phrasen wie „Kontrolle der wirtschaftlichen Macht des Kapitals“ (S. 55), „Herrschaftsmacht des Kapitals“ (S. 69), „Gegenmacht von Gewerkschaften“ (S. 55). Der Partnerschaftsgedanke der Sozialen Marktwirtschaft geht in diesem Kampfgeschrei restlos unter. Deshalb ist für sie Solidarität auch „Waffe der Schwachen“ (S. 10). Dagegen besteht für die CDU Solidarität gerade in der Pflicht der Starken, für die Schwachen einzustehen. Was Menschen zusammenführen soll, kann niemals „Waffe“ sein.

Die SPD spricht sich für „staatliche Entwicklungspläne“ aus, „die für Regionen, Länder oder den Gesamtstaat gelten“ (S. 67). Nach marxistischer Lehre sollte die staatlich gelenkte Wirtschaft einmal für materiellen Überfluß in der Welt sorgen. Daran glaubt heute kaum noch ein Mensch — selbst die Kommunisten von Deng Xiao Ping bis Gorbatschow immer weniger. Nur die deutschen Sozialdemokraten wollen vom Staatsdirigismus nicht lassen. Zu seiner Rechtfertigung muß jetzt die Umwelt erhalten. Unter dem Vorwand einer „ökologischen Erneuerung“ sollen sozialistische Bürokraten im Namen des „Fortschritts“ Wachstum in bestimmten Bereichen fördern und in anderen abwürgen können (S. 63).

Gesellschaftspolitik ohne Wertbezug

Die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der SPD sollen zwar Vielfalt und Wahlmöglichkeit fördern, angeboten werden dafür aber die untauglichen Rezepte der Gleichmacherei und der Nivellierung von Unterschieden.

● Sie erklärt einerseits, sie wolle Frauen und Männer, die „nach eigener Wahl in allen Bereichen der Gesellschaft wirken“ (S. 24). Gleichzeitig will sie das durch starre Vorgaben erreichen: „Wir streben den sechsstündigen Arbeitstag in der 30-Stunden-Woche als Regel an“ (S. 37). Damit wird eine tatsächliche Flexibilisierung verhindert und der Wahlfreiheit eine neue Zwangsjacke verpaßt.

● Die SPD verwechselt die Gleichberechtigung der Frauen mit der uniformen Angleichung von Frauen und Männern: „Wir wollen eine Gesellschaft, die nicht mehr gespalten ist in Menschen mit angeblich weiblichen und angeblich männlichen Denk- und Verhaltensweisen“ (S. 23). In Wirklichkeit kommt es darauf an, Unterschiede zwischen Frauen und Männern anzuerkennen und ihre Leistungen und ihre Rechte als gleichwertig und gleich wichtig für das Zusammenleben in einer solidarischen Gesellschaft zu begreifen.

● Die SPD reduziert die Familie wertneutral auf eine „Lebensgemeinschaft Erwachsener mit Kindern“ (S. 27). Die Familie als wichtigster Ort der Sinnvermittlung und sicherer Ausgangspunkt für das Hineinwachsen in die Welt wird abgewertet. Das Ziel der SPD ist die Familie als eine Sozialisationsinstanz unter anderen.

● Die SPD relativiert den vom Grundgesetz verbindlich festgelegten besonderen Schutz der Ehe und stellt sie mit allen anderen „Formen von Lebensgemein-

schaften“ auf eine Stufe. Die Ehe ist für die Sozialdemokraten gerade noch „die häufigste und rechtlich am klarsten verfaßte“ unter „vielfältige(n) Formen von Bindungen“, die „auf Dauer angelegt sind“ (S. 27).

Kein Schutz des ungeborenen Lebens

Die SPD behauptet: „Wir wollen Lebensverhältnisse schaffen, in denen Frauen sich nicht zum Schwangerschaftsabbruch gezwungen fühlen“ (S. 28). Die tägliche Praxis in den SPD-regierten Ländern läßt diesen Satz zur hohlen Phrase werden. Die SPD lehnt die Bundesstiftung „Mutter und Kind“ ebenso ab wie die Einrichtung landeseigener Stiftungen. Frauen in Not haben darum in SPD-regierten Ländern deutlich weniger Aussicht auf Hilfe und Unterstützung.

Respektables von Heiner Geißler

Unter dieser Überschrift kommentiert „Die Welt“ die Vorstellung der Analyse des SPD-Grundsatzprogramm-Entwurfs durch den Generalsekretär und stellt fest:

„Es war aber auch fällig, das vorgelegte Grundsatzprogramm der SPD etwas näher in den Bereichen unter die Lupe zu nehmen, die nicht nur mit den berühmten und vieldiskutierten Lafontaine-Themen wie Arbeit und Arbeitszeit zu tun haben. Mit der Frage des unterschiedlichen Menschenbildes hat Heiner Geißler den entscheidenden Punkt getroffen. Daran läßt sich alles andere festmachen, von daher bestimmt sich politisches Handeln, da scheiden sich in der Tat die Geister.“

Gemeindefinanzen:

Aus dem vorhergesagten Tief ist ein kräftiges Hoch geworden

„Statt einer schlechten Wegstrecke, die wir Anfang 1988 für den Haushaltsverlauf des Jahres 1988 befürchteten, kam es zu einem Zwischenhoch.“ Dies ist die zentrale Aussage des Gemeindefinanzberichts 1989 des Deutschen Städtetages.

Die finanzielle Lage der Kommunen hat sich 1988 weitaus günstiger entwickelt, als die zum Teil düsteren Prognosen zu Jahresbeginn erwarten ließen. Die gute konjunkturelle Entwicklung hat dazu beigetragen, daß sich die Finanzsituation der Gemeinden 1988 nachhaltig verbessert hat. Aus dem zu Beginn des Jahres — insbesondere auch von Vertretern des Deutschen Städtetages — vorausgesagten Tief ist am Jahresende tatsächlich ein kräftiges Hoch geworden.

Die Befürchtungen der Berufspessimisten in der SPD, die Auswirkungen der Steuerreform würden die Gemeinden an den Rand des finanziellen Ruins treiben, haben sich als unbegründete Panikmache erwiesen. Auch für 1989 sind die Aussichten gut.

Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen seit 1983 stetig an. Sie lagen Ende 1988 um rund 16,5 Mrd. DM — dies sind 35 Prozent — über denen des Jahres 1982. Trotz der 2. Stufe der Steuerreform 1988 haben die Gemeinden in den ersten drei Quartalen 1988 ein Plus im Steuersäckel von 7,8 Prozent oder rund 3 Mio. DM gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum gehabt. Die Gewerbesteuer, die als Barometer für die Wirtschaftsentwicklung gilt, hat mit einem

Plus von fast 11 Prozent sogar noch deutlicher zugelegt.

Bemerkenswert ist der weitere Anstieg der kommunalen Investitionstätigkeit. Die Sachinvestitionen erhöhten sich um 5 Prozent, wobei die Bauinvestitionen sogar um fast 9 Prozent anstiegen. Dies ist für die konjunkturelle Entwicklung besonders wichtig, da die Gemeinden rund zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen vornehmen.

Das von der CDU-geführten Bundesregierung aufgelegte Gemeindeprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau mit einem jährlichen Kreditvolumen von fünf Mrd. DM hat zum unerwartet hohen Anstieg der Investitionsausgaben beigetragen.

Höhere Einnahmen und eine deutliche Ausgabenbegrenzung haben dazu geführt, daß bei den Gemeinden 1988 keine Neuverschuldung mehr notwendig war. Seit 1982 sind kontinuierlich die hohen Finanzierungsdefizite der Kommunen abgebaut worden. Lag die Nettokreditaufnahme 1981, dem letzten vollen Regierungsjahr der SPD/FDP-Koalition, noch bei 10 Mrd. DM, so haben die Gemeinden in den Jahren 1984 und 1985 sogar erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Finanzierungüberschüsse von 1,1 Mrd. bzw. 700 Mio. DM erzielt. Für 1989 sagen die kommunalen Spitzenverbände wieder einen Überschuß von 500 Mio. DM voraus.

Insgesamt läßt sich feststellen: Seit 1982 haben die Kommunen wieder Handlungsspielraum erhalten, ihre Autonomie ist gestärkt worden.

Menschenrechte:

Die CDU geht mit gutem Beispiel voran

Zur Vorstellung der Dokumentation „Menschenrechte in der DDR“ (im grünen Teil dieser Ausgabe) erklärte der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Vorlage der Dokumentation der CDU-Bundesgeschäftsstelle „Menschenrechte in der DDR“. Die Ausarbeitung enthält eine umfassende Zusammenstellung der Defizite bei der Verwirklichung von elementaren Grund- und Freiheitsrechten in der DDR, zu denen wir nicht schweigen dürfen.

Mit der Vorlage dieser Dokumentation unterstreicht das Konrad-Adenauer-Haus auch, daß der Einsatz für die Menschenrechte in der Welt unteilbar ist; wer für die Menschenrechte im Ausland eintritt, muß dies erst recht auch bei den Deutschen in der DDR tun. Die CDU geht hier mit gutem Beispiel voran.



Generalangriff auf unsere Bundeswehr

Bundeskanzler Helmut Kohl hat den IG-Metall-Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung als einen Skandal bezeichnet. Diese Aufforderung bedeute einen Generalangriff auf unsere Bundeswehr. Die Führung der IG Metall wolle mit ihrer Aktion in einer bisher nie geübten Weise unsere Soldaten, die mit ihrem Wehrdienst Frieden und Freiheit für die Bundesrepublik Deutschland garantieren, ausgrenzen.

Während sich andere Gewerkschaftsführer seit vielen Jahren um ein gutes Verhältnis zur Bundeswehr bemühen, versuche die IG Metall nun eine üble Kampagne gegen unsere Soldaten zu starten. Wer — wie die IG Metall — zu „massenhafter Kriegsdienstverweigerung“ aufruft, mißachte nicht nur Recht und Gesetz, sondern wolle offenbar die Grundlagen unserer demokratischen Ordnung verändern und die Chance verspielen, auf der Basis der Verteidigungsfähigkeit weitere Schritte zu echter Abrüstung und Rüstungskontrolle zu erreichen.

Flexiblere Einberufung

Bei der Einberufung zum Wehrdienst können bestimmte Personengruppen künftig mit folgender Regelung rechnen: Dritte und weitere Söhne, Verheiratete mit Kindern und Alleinerziehende mit Sorgerecht (Geschiedene/Witwer) werden auf eigenen Antrag zurückgestellt.

Realer Rentenzuwachs

Die Renten werden zum 1. Juli 1989 um effektiv 2,4 Prozent steigen. Damit nimmt die Kaufkraft der Rentner im vierten Jahr nacheinander zu. Die Rente eines Durchschnittsverdieners mit 45 Versicherungsjahren wird dank dieser günstigen Entwicklung Mitte des Jahres von 1.578,15 DM auf 1.615,97 DM steigen.

Gerhard Braun, Bundesvorsitzender der Senioren-Union: Der Anstieg der Renten um 2,4 Prozent beweist erneut, daß die CDU dank einer soliden Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Lage ist, ihre erklärte Politik der sozial ausgewogenen und gerechten Rentensicherung in Zukunft fortzusetzen.

16. Mai bis 18. Juni:

Hauptwahlkampf nach Pfingsten

– Die Maßnahmen der Bundesgeschäftsstelle –

Alle Maßnahmen der Bundesgeschäftsstelle konzentrieren sich auf die fünf Wochen nach Pfingsten und sind auf die Mobilisierung unserer Wähler ausgerichtet.

Zentrale Maßnahmen der Wahlkampf-führung sind:

1 Die kommerzielle Plakatierung. Sie beginnt am 26. Mai und geht über zwei Dekaden mit zunehmender Stellenzahl. Zusätzlich werden direkt nach Pfingsten Sondergroßflächen aufgestellt.

2 TV- und Hörfunkspots. Die Ausstrahlung beginnt etwa Ende Mai und umfaßt auch die Privaten TV- und Hörfunksender.

3 Die Wochenendzeitung „Deutschland am Wochenende“ wird in den letzten drei Wahlkampfwochen zweimal her-

ausgegeben. Sie ist unser aktuellstes und für die Mobilisierung wichtigstes Wahlkampfinstrument.

4 Eine Anzeigenkampagne mit Schwerpunkt auf den regionalen Tageszeitungen konzentriert sich auf die letzten 2–3 Wahlkampfwochen.

5 Der Bundesrednereinsatz beginnt ebenfalls nach Pfingsten. Die CDU-Redner (Präsidiumsmitglieder, Vorsitzende der Vereinigungen, Bundesminister) werden bis zum Wahltag pro Woche an zwei Einsatztagen Veranstaltungen durchfüh- ren.

6 Der EUROMARKT 2000, der bereits ab 2. Mai startet, führt durch rund 90 Städte des Bundesgebietes.

Kostenlose Grundausrüstung

Den Kreisverbänden und Europakandidaten stehen folgende Materialien in kostenloser Grundausrüstung zur Verfügung:

- Plakate: 3.000 Stück pro Kreisverband
- Kandidatenprospekte: 20.000 Exemplare pro Kandidat
- Zeitung „Deutschland am Wochenende“: Pro Kreisverband zweimal bis zu maximal 60 Prozent der Haushalte.

„So stimmt Europa“

Im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung ist ab sofort die Broschüre „So stimmt Europa“ mit allgemeinen Informationen zur Europawahl am 18.

Im Ausland lebende wahlberechtigte Deutsche können sich an der Europawahl am 18. Juni 1989 beteiligen.

Juni 1989 kostenlos erhältlich. Das 16seitige Heft entstand in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Rat der Europäischen Bewegung und wird in einer Auflage von zwei Millionen Exemplaren vertrieben.

Briefwahl kann Wahl entscheiden!

Chance für die CDU: Über 50 Prozent aller Briefwähler haben bei den vergangenen Europawahlen ihre Stimme der CDU gegeben. Auch diesmal gilt deshalb: Briefwahlstimmen sind eine große Chance für die CDU!

Vor Ort ist es wichtig, daß immer wieder auf die Briefwahl hingewiesen wird und gezielt unsere Wählergruppen, wie z. B. die Senioren, auf die Briefwahlmöglichkeit aufmerksam gemacht werden.

● Achtung, Ferien!

Kurz nach der Europawahl beginnen für viele die Sommerferien — der Tag vor der Wahl ist Feiertag. Ein Kurzurlaub am Wahlwochenende oder ein vorverlegter Ferienbeginn sind — wie auch Krankheit oder berufliche Abwesenheit — aber kein Grund, nicht an der Europawahl teilzunehmen! Da hilft die Briefwahl.

Mit jeder Wahlbenachrichtigung erhalten die Wähler einen Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines und Übersendung der Briefwahlunterlagen. Dies ist nachweisbar der Zeitpunkt für die meisten Briefwähler, ihre Unterlagen anzufordern. Deshalb ist es wichtig, bereits während der Versendung der Wahlbenachrichtigungen für die Briefwahl zu werben.

● Briefwahl-Prospekt ab Mitte April

Werbung und Hilfestellung für die Briefwahl leistet der Briefwahl-Prospekt der CDU-Bundesgeschäftsstelle, der ab Mitte April vorliegen wird.

Planen Sie schon jetzt die gezielte Verteilung des Prospektes ein. Er enthält ein Anforderungsformular für die Briefwahlunterlagen und zeigt klar und einfach, wie die Briefwahlunterlagen anzufordern sind.

Die Broschüre wendet sich auch an diejenigen im Ausland lebenden Deutschen, die sich 1989 erstmals an einer Europawahl beteiligen können.

Im Ausland lebende wahlberechtigte Deutsche müssen die Eintragung in ein Wählerverzeichnis beantragen. Antragsvordrucke können

- bei den diplomatischen und berufs-konsularischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland,
- beim Bundeswahlleiter, Postfach 55 28, D-6200 Wiesbaden 1,
- und bei den Kreis- und Stadtwahlleitern in der Bundesrepublik Deutschland angefordert werden.

Zuständig für die Eintragung in das Wählerverzeichnis ist die Gemeinde, in der der Wahlberechtigte vor seinem Fortzug zuletzt gemeldet war. Sofern die letzte Wohnung im Land Berlin lag oder der Wahlberechtigte noch nie für eine Wohnung im Wahlgebiet gemeldet war, ist die Gemeindebehörde in Bonn zuständig. Die Anträge müssen spätestens am 28. Mai 1989 bei der zuständigen Gemeinde eingegangen sein.

Die Wahlberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland erhalten spätestens ca. drei Wochen vor der Europawahl eine schriftliche Wahlbenachrichtigung. Darin werden u. a. Wahlraum und Wahlzeit angegeben.

CDU-Kandidaten für die Europawahl

(Die vorderen Landeslistenplätze)

Baden-Württemberg

Siegbert Alber, MdEP
 Diemut R. Theato, MdEP
 Dr. Karl von Wogau, MdEP
 Winfried Menrad
 Honor Funk, MdB
 Doris Pack, MdB
 (siehe auch Saarland)
 Siegfried Hornung
 Christa Wamsler
 Klaus Panther
 Rainer Wieland

Bremen

Manfred Ebel, MdEP

Hamburg

Hartmut Perschau, MdHB

Hessen

Bernhard Sälzer, MdEP
 Dr. Axel N. Zarges, MdEP
 Ursula Braun-Moser, MdEP

Niedersachsen

Dr. Hans-Gert Pöttering, MdEP
 Prof. Dr. Werner Münch, MdEP
 Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl
 Hartmut Perschau, MdHB
 (siehe auch Hamburg)
 Dr. Karsten Hoppenstedt
 Brigitte Langenhagen

Dr. Jochim Rollwage
 Hubert Schill
 Isabella von Oesterreich

Nordrhein-Westfalen

Hedwig Keppelhoff-Wiechert
 Prof. Dr. Günter Rinsche,
 MdEP
 Marlene Lenz, MdEP
 Elmar Brok, MdEP
 Kurt Malangré, MdEP
 Gerd Ludwig Lemmer, MdEP
 Friedrich Merz
 Karl-Heinz Florenz
 Dr. Otmar Franz, MdEP
 Dr. Gabriele Peus, MdEP
 Thomas Kropp
 Manfred Ebel, MdEP
 (siehe auch Bremen)

Rheinland-Pfalz

Dr. Egon Alfred Klepsch, MdEP
 Horst Langes, MdEP
 Prof. Dr. Otto Bardong, MdEP
 Helga Grandjean
 Brigitte Schütze, MdL

Saarland

Doris Pack, MdB
 (siehe auch Baden-Württemberg)

Schleswig-Holstein

Reimer Böge

Das
große

Medien-Ereignis

des Europa-

Wahlkampfes:

EUROMARKT 2000

Der Rohbau steht

In Riesenschritten voran gehen die Vorbereitungen zum Euromarkt 2000, der CDU-Wahlkampftournee durch 90 Städte der Bundesrepublik.

Neben der umfangreichen organisatorischen, technischen und baulichen Vorbereitung bildet die umfassende Pressearbeit derzeit einen Arbeitsschwerpunkt.

Die Vortour durch alle Kreisverbände, in denen das Medienereignis des Europawahlkampfes vom 2. Mai bis zum 16. Juni halt machen wird, ist ebenfalls planmäßig abgeschlossen worden.

Eines ist dabei schon jetzt sicher: Mit der Idee, von Hamburg bis nach Freiburg die Bürger auf Marktplätzen und in Fußgängerzonen zum Gespräch über die Zukunft Deutschlands im europäischen Binnenmarkt einzuladen, liegen wir gut im Rennen!



Auf dem Bühnenanleger, Plattform für Talkshows, Bürgergespräche, Informationen und Unterhaltung, kann in diesen Tagen Richtfest gefeiert werden.

Termine

Nordtour

Mai

Di.	2.5.	Düsseldorf, Auftaktveranst.
Mi.	3.5.	Aachen
Do.	4.5.	Neuss
Fr.	5.5.	Krefeld
Sa.	6.5.	Gelsenkirchen
So.	7.5.	Bocholt
Mo.	8.5.	Brühl
Di.	9.5.	Rheine
Mi.	10.5.	Lingen
Do.	11.5.	Wildeshausen
Fr.	12.5.	Aurich
Sa.	13.5.	Bad Zwischenahn
So.	14.5.	Travemünde
Mo.	15.5.	Büsum
Di.	16.5.	Rendsburg
Mi.	17.5.	Itzehoe
Do.	18.5.	Hamburg
Fr.	19.5.	Hildesheim
Sa.	20.5.	Celle
So.	21.5.	Lüneburg
Mo.	22.5.	Norderstedt
Di.	23.5.	Achim
Mi.	24.5.	Hamburg
Do.	25.5.	Hamburg
Fr.	26.5.	Stade
Sa.	27.5.	Bremerhaven
So.	28.5.	Hannover
Mo.	29.5.	Wolfsburg
Di.	30.5.	Walsrode
Mi.	31.5.	Hamel

Juni

Do.	1.6.	Höxter
Fr.	2.6.	Paderborn
Sa.	3.6.	Lippstadt
So.	4.6.	Rheda Wiedenbrück
Mo.	5.6.	Dortmund
Di.	6.6.	Recklinghausen
Mi.	7.6.	Geldern
Do.	8.6.	Heinsberg
Fr.	9.6.	Münster
Sa.	10.6.	Essen
So.	11.6.	Bad Iburg
Mo.	12.6.	Hamm
Di.	13.6.	Herne
Mi.	14.6.	Bochum
Do.	15.6.	Mühlheim
Fr.	16.6.	Mönchengladbach

Südtour

Mai

3.5.	Wiesbaden, Auftaktveranst.
4.5.	Main-Taunus-Kreis
5.5.	Iserlohn
6.5.	Wuppertal
7.5.	Arnsberg
8.5.	Bonn
9.5.	Berg, Gladbach
10.5.	Troisdorf
11.5.	Langenfeld
12.5.	Köln
13.5.	Worms
14.5.	Boppard
15.5.	Kaiserslautern
16.5.	Homburg
17.5.	Karlsruhe
18.5.	Trier
19.5.	Hanau
20.5.	Craaisheim
21.5.	Heidelberg
22.5.	Ludwigshafen
23.5.	Ulm
24.5.	Konstanz
25.5.	Markdorf
26.5.	Freiburg
27.5.	Lörrach
28.5.	Ludwigshafen
29.5.	Reutlingen
30.5.	Weingarten
31.5.	Albstadt

Juni

1.6.	Kehl
2.6.	Pforzheim
3.6.	Saarbrücken
4.6.	Bruchsal
5.6.	Schwäb. Gmünd
6.6.	Heilbronn
7.6.	Darmstadt
8.6.	Frankfurt
9.6.	Fulda
10.6.	Göttingen
11.6.	Kassel
12.6.	Bad Wildungen
13.6.	Marburg
14.6.	Limburg
15.6.	Landau i. d. Pfalz
16.6.	Koblenz

Der Kalender zeigt – diesmal ist die Briefwahl besonders wichtig!

Achtung Ferien!
Erst wählen, dann verreisen!

JUNI						
10	11	12	13	14	15	16
5	6	7	8	9	10	11
12	13	14	15	16	17	18
19	20	21	22	23	24	25

Schon kurz nach der Europawahl beginnen für viele die Sommerferien – und der Tag vor der Wahl ist ein Feiertag. Ein Kurzurlaub am Wochenende oder ein verweilter Ferientag sind aber kein Grund, nicht an der Europawahl teilzunehmen. Da heißt die Briefwahl.

Auch wer am Wahltag nicht an seinem Wahlort oder krank ist, hat keinen Grund, seine Stimme verfallen zu lassen.

Der Antrag kann jedoch auch schon vor Eingang der Wahlabschichtung gestellt werden.

Die um Wahltag beim zuständigen Zustellamt vor Schluß der Wahlzeit eingegangenen Wahlbriefe werden dort abgeholt.

So geht es:

Mit jeder Wahlabschichtung erhalten die Wähler einen Wahlzettel und Übersendung der Briefwahlunterlagen.

Rechtzeitig abschicken:
Wahlbriefe müssen spätestens bis Sonntag, dem 18. Juni, 18.00 Uhr, bei der zuständigen Stelle eingehen.



Darum geht's: Hier müssen wir mitreden!

Die 510 Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten 320 Millionen Menschen aus über 12 EU-Mitgliedsländern. Alle fünf Jahre werden die Abgeordneten in allen Ländern direkt gewählt – am 10. Juni 1989 zum dritten Mal.

Die großen EU-Länder (FR, D, I) stellen jeweils 81 Europa-Abgeordnete, also etwa je 10% der Gesamtzahl. Von den 11 deutschen Europa-Abgeordneten stellen CDU und CSU zusammen insgesamt 8 von ihnen. Seit der Wahlreform von 1984 mit 45,7% 41 Abgeordnete, die in der 110-Mitglieder Fraktion der 11

Europäischen Volkspartei (EVP) mit den Christdemokraten anderer EU-Länder zusammenarbeiten.

Das Europäische Parlament hat bisher nur eine beratende

und international die Ziele der Bundesregierung setzen. In der Debatte wird der tatsächliche Rang und die innerliche ernsthafte Bedeutung des Europäischen Parlamentes immer noch stark unterschätzt – jedoch hat die Neutralität des Mitgliedsrats weit überholt.



Die Briefwahl ist eine besondere Chance für die CDU

Über 80% aller Briefwähler haben bei den vergangenen Europawahlen ihre Stimme der CDU gegeben. Auch diesmal gilt deshalb: Briefwählerstimmen sind eine große Chance für die CDU. Das hat sich auch in vielen Wahlkreisen bei Bundestag und Landtag gezeigt. Manche Wahlkreise haben durch den Briefwahlanteil insgesamt die CDU verstärkt wählen.

Langer Sonntag bis 21.00 Uhr!

Die Wahlzeit und -tag. Wie auch immer bei den letzten beiden Europawahlen werden sich wahrscheinlich am 10. Juni die meisten Briefwahlunterlagen bis 21.00 Uhr gefälligst

Reg. des Abstemmens und

Europas beste Seiten

Das CDU-Magazin zur Europawahl '89 mit Informationen, Zahlen, Hintergründen, Argumenten.



Fünf Schwerpunkte unserer Europa-Politik

Europa ist unsere Zukunft. Als Christliche Demokraten waren wir stets die Basismehrheit Europas und sind die Kernpartei. Nach einer Phase wirtschaftlicher Schwierigkeiten, zunehmender Unmöglichkeit und politischer Unwegbarkeit hat die deutsche EU-Präsidenschaft dazu beigetragen, die Lösung zu überwinden. Jetzt ist Europa wieder da. Unsere Ideen bringen Europa weiter voran.

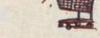
Deutschlands Zukunft heißt Europa

1. Europa sichert uns Frieden und Freiheit
2. Der Binnenmarkt schafft Wachstum, Wohlstand, Arbeitsplätze
3. Europäische Forschung und Technologie sichern unsere Wettbewerbsfähigkeit
4. Saubere Umwelt gibt es nur gemeinsam in Europa
5. Europa bietet neue Chancen für Kunst und Kultur

1. Europa sichert uns Frieden und Freiheit
2. Der Binnenmarkt schafft Wachstum, Wohlstand, Arbeitsplätze
3. Europäische Forschung und Technologie sichern unsere Wettbewerbsfähigkeit
4. Saubere Umwelt gibt es nur gemeinsam in Europa
5. Europa bietet neue Chancen für Kunst und Kultur

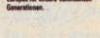
2. Der Binnenmarkt schafft Wachstum, Wohlstand, Arbeitsplätze

Mit der Verhängung des Binnenmarktes sollen vier Europa-Gründe, wirtschaftliche und humane Wirtschaftlichkeit und Wohlfahrt gefördert werden. Hierzu müssen wir einen Last- und Leistungsdruck in der Europäischen Gemeinschaft auch in Zukunft halten können.



4. Saubere Umwelt gibt es nur gemeinsam in Europa

Europa muß eine Umweltschutzpolitik durchsetzen. Das kann nur durch gemeinsame Anstrengungen geschehen. Gemeinsame Umweltziele in allen europäischen Ländern sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche Umweltschutzpolitik. Europa ist unsere gemeinsame Heimat.



5. Europa bietet neue Chancen für Kunst und Kultur

Europa hat die Aufgabe, die kulturelle Vielfalt innerhalb der Union zu fördern. Durch Austausch, Begegnung und Zusammenarbeit können wir unsere kulturelle Identität und weltweite Leistungsfähigkeit im Wettbewerb der Welt zeigen. Europa ist ein Kulturraum.



Alle Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Magazin

Europas beste Seiten

„Europas beste Seiten“ zeigt die CDU als die deutsche Europapartei. Unsere Leistungen, aktuelle Politik und Ziele für Europa werden dargestellt, Vorurteile gegen Europa richtiggestellt und europäi-

sche Institutionen erläutert. Ein 16seitiges informatives Verteilmittel für unseren Wahlkampf.

Bestell-Nr.: 2137
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 34, — DM

Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

FORSCHUNG

Forschung

In keinem anderen großen Industrieland hängen so viele Arbeitsplätze von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ab wie in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb müssen wir „...lohnlos“



Wahl zum Beispiel bis zur Jahresendrunde mehr 60 Prozent der Plätze

BUTTERBERG

BERUFAUSBILDUNG

trifften Ausländer das Land auch wirklich wieder verlassen.

Wirtschaftliche Gründe begründen kein Asylrecht, denn wir können nicht die sozialen Probleme der ganzen Welt durch Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland lösen. Durch unsere Entwicklun-

Berufs-ausbildung



SPRAYDOSEN

„Ich will es noch einmal klar sagen: Der Binnenmarkt kann für mich nicht zum Vorwand für die Beseitigung von Rechten oder für den Ausstieg aus strengeren Schutzvorschriften dienen.“ Sozialdum-



ARBEITSPLÄTZE

Arbeitsplätze

Der Europäische Binnenmarkt ist der europäische Wettbewerbskampf gegen die Weltmarkt. Durch die Öffnung der Handelsverträge durch die Vorteile der größeren Einwanderer und durch intensiveren Wettbewerb werden neue Wachstumsfreizeite. Niedrigere Preise stärken die Wirtschaft und belohnen die Investoren. Dies gibt den Unternehmen die Chance zu investieren und zu expandieren. Beschäftigten wird ein höheres Einkommen zufließen. Es ist zu erwarten, daß bis zum Jahr 2000 1,8 Millionen neue Arbeitsplätze ge-

schaffen werden. Im günstigsten Fall können es sogar fünf Millionen sein. Damit könnte sich die Arbeitslosigkeit in Europa um ein Drittel verringern. Schon heute ist ein Drittel der EG-Staaten jeden sechsten Arbeitsplatz (siehe Stichwort „Binnenmarkt“)

Arbeitsschutz

Zum Binnenmarkt gehört auch der Arbeitsschutz. Bei der Arbeit verwendete Stoffe, Maschinen und Geräte müssen nicht gefährlich für die Gesundheit sein. Die Sicherheit muss beim freien Warenverkehr gewährleistet werden. Voraussetzung dafür sind einheitliche Sicherheitsstandards auf hohem Niveau.

an al-um m.ernent r, die 37

Europa von A bis Z

Aktuelle Stichworte zur Europa-Politik



lich um 1.500 bis 2.000 Tonnen. Die Deutsche Industrie zur europäischen Einigung des bleifreien Benzins ist ein wesentlicher Beitrag zur Luftreinhaltung.



Butterberg

„Butterberge“ und „Müllsensen“ waren lange Zeit die größten Probleme einer fast gänzlich ungenutzten EG-Agrarpolitik. Dank der Initiative der Regierung Helmut Kohler sind heute mehr als 100 Millionen der Vergütung für die Milchproduktion in 1986 gegen 1980 Millionen Tonnen Milch in der Milchindustrie. Butterberg betrug nun 300.000 Tonnen im Vergleich zu 300.000 Tonnen im Jahr 1980.

An mehr als 50.000 Tankstellen in Westeuropa können nun Autokäufer mit „bleifreier“ Benzin tanken. Über 50.000 Tankstellen sind in der Bundesrepublik Deutschland. Und wie erfahren Sie, wo Sie bleifrei tanken können? In allen 170 Geschäftsstellen

Taschenlexikon

Europa von A bis Z

„Europa von A bis Z“ gibt zu aktuellen Stichworten der Europapolitik präzise

und knappe Auskünfte. Im handlichen Taschenformat haben Sie es immer griffbereit.

Bestell-Nr.: 2138
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 24, — DM

Der oder die Ecu?

Der Ecu, die erste französische Goldmünze, hatte ein Goldgewicht von 4,032 g. Mehr als 500 Jahre lang wurden in Frankreich und vielen anderen europäischen Ländern Ecu geprägt. Der letzte Silber-Ecu, der Ecu constitutionelle, wurde 1793, d. h. in der Französischen Republik, geschlagen. Mit der originellen Behauptung, Ecu sei die Abkürzung für European currency unit, schaffte es Frankreich, den Namen der im Mittel-

alter wichtigsten europäischen Währung zu neuem Leben zu erwecken.

Fast 200 Jahre nach dem letzten französischen Ecu gibt es wieder Ecu-Münzen, die in Belgien sogar bereits als gesetzliches Zahlungsmittel gelten. Die Geschichte des Ecu half jetzt den seit Jahren dauernden Streit, ob der Ecu einen weiblichen Artikel (wie „die Europäische Währungseinheit“) oder einen männlichen (wie „der Ecu“ des Mittelalters) tragen sollte, zu beenden. Die Kommission entschied jetzt endgültig: nur der Ecu ist die richtige Schreibweise.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

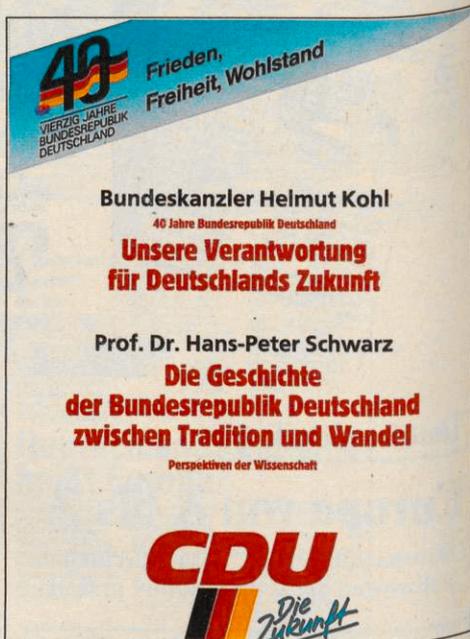
40 Jahre Bundesrepublik Deutschland

Unter diesem Motto steht die neueste Broschüre beim IS-Versandzentrum. Die Broschüre enthält die Rede des Bundeskanzlers zur Eröffnung des CDU-Kongresses „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Frieden Freiheit Soziale Gerechtigkeit“ vom 18. Januar 1989 in Bonn sowie die Rede des Bonner Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz anlässlich der gleichen Veranstaltung. Weiter enthält die Broschüre eine Zeittafel, die auf 38 Seiten die Entstehung und Geschichte der Bundesrepublik Deutschland schildert.

Bestell-Nr. : 3136
Mindestabnahme: 1 Expl.
Preis je Mindestabnahme: 4,20 DM
zuzügl. MwSt.

UID

10/89



40 Frieden,
Freiheit, Wohlstand
VIERZIG JAHRE
BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND

Bundeskanzler Helmut Kohl
40 Jahre Bundesrepublik Deutschland
**Unsere Verantwortung
für Deutschlands Zukunft**

Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz
**Die Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland
zwischen Tradition und Wandel**
Perspektiven der Wissenschaft

CDU
Die Zukunft

Bestellungen an:
IS Versandzentrum
Postfach 1328, 4804 Versmold

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,- DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.